

Schulabbruch – Was nun (tun)?

Veranstaltung in der Arbeiterkammer, 8. 6. 2010

AK Präsident Herbert Tumpel weist in seiner Begrüßung darauf hin, dass etwa 10 000 Jugendlichen jedes Jahr zu Schulabbrechern werden. Österreich liegt dabei international im Mittelfeld, es sollte sich aber an Ländern wie Skandinavien oder Polen ein Beispiel nehmen wo die Anzahl stark gesenkt werden konnte. Wer keinen formalen Abschluss hat gerät leicht in den Kreislauf Job – arbeitslos – Job – arbeitslos... Es gibt große Unterschiede zwischen den Bundesländern bei den Lösungsansätzen, nur Wien und Vorarlberg begegnen dem Problem systematisch. Nachholen von Qualifikationsabschlüssen muss verstärkt möglich gemacht werden, denn es geht um unsere Zukunft als Wirtschaftsstandort.

Mario Steiner vom Institut für höhere Studien stellt die Studie „Early School Leaving in Österreich 2008“ vor.

Unter Early School Leavers (ESL) versteht man jene Jugendlichen, die im Alter von 15 bis 24 ihre gesamte Bildungslaufbahn abbrechen, während unter Drop out Rate die Anzahl jener, die eine bestimmte Ausbildung vorzeitig abbrechen, verstanden wird. ESL reicht von Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss bis zu Abbrecher/innen in der 12. bzw. 13. Schulstufe, die Gruppe ist sehr heterogen. Im europäischen Vergleich gibt es große Unterschiede. 2008 waren in Polen 5% der Jugendlichen, in Malta 40% betroffen, Österreich lag mit 10% nicht schlecht. Allerdings lautete das EU Ziel von Lissabon dass von 2000 bis 2010 diese Rate halbiert werden sollte und das wurde nicht erreicht. (*Anm.: In den anderen EU Ländern auch nicht.*)

Nach der Pflichtschule gibt es 6% ESL, nach der Sekundarstufe 2 13%, das Risiko in der Stadt ist höher als auf dem Land, und es bestehen natürlich Zusammenhänge mit dem Bildungsgrad der Eltern und dem Status als Migrant/in, wobei das Risiko in fast allen Bereichen zwischen 2004 – 2008 gestiegen ist (außer bei den Migrant/innen der 2. Generation).

ESL sind oft nicht erwerbstätig oder arbeitslos oder nur in Hilfstätigkeiten eingesetzt.

Positiv begegnen kann man dem Problem mit einem System autonomer und entscheidungsbefugter Schulen, die verantwortlich für ihre Leistungen sind und externer Evaluation unterliegen.

Das Duale System zeigt Phänomene von Inklusion und Exklusion. Je höher der Anteil von Schüler/innen in der Berufsbildung, desto geringer der Anteil von ESL, aber desto größere Arbeitsmarktschwierigkeiten haben jene, die dennoch früh abbrechen.

In Österreich wird bereits viel unternommen um den bereits Betroffenen zu helfen, es gibt aber wenige Präventions- oder Systemreformaßnahmen, die Angebote sind strategisch kaum aufeinander abgestimmt und es wird zu wenig darauf geachtet, welche Potentiale die Jugendlichen hätten. Die Anzahl der Lehrplätze ist konjunkturabhängig und in Zeiten mit Lehrstellenlücken haben ESL geringe Chancen auf Lehrstellen.

Als Lösung wird eine Reform der Bildungssystems in Richtung weniger Selektion und mehr Durchlässigkeit vorgeschlagen, weiters Berufsorientierung als eigenes Fach bereits in der Sekundarstufe 1 einzuführen und auch außerhalb des Bildungssystems, z.B. in Jugendzentren einzusetzen und speziell geschulte Personal Coaches für ESL zu etablieren.

Erna Nairz-Wirth von der WU Wien präsentiert die Studie „Quo vadis Bildung?“, die die Gründe für den Schulabbruch untersuchte. Schulabbrecher/innen finden sich sowohl in unterprivilegierten als auch in privilegierten Schichten und die Gründe liegen sowohl bei den Jugendlichen selbst, als auch sozialen Umfeld (in der Familie und bei der Peergroup) und im System Schule. Besonders bemerkenswert: die Schule wird als Ort der Niederlagen empfunden, Schulschwänzen kommt oft vor, aber keiner tut etwas dagegen, ebenso unternimmt niemand etwas gegen Mobbing. Gleichaltrige üben oft großen Druck aus und versuchen eine Reintegration zu verhindern. Auch bei Jugendlichen aus privilegierten Schichten ist der Kontakt zu den Eltern oft abgebrochen. Die Resignation ist groß. Reintegration wird meist durch persönliche Beziehungen, z.B. mit Lehrer/innen geschafft.

Die Schulabbrecher/innen kann man in sechs Gruppen unterteilen:

Ressourcenarme, Privilegierte, Lernbeeinträchtigte, Orientierungslose, Realitätsflüchtige, Unangepasste.

Um Lösungen zu erreichen, müsste Folgendes beachtet werden:

Beziehungen sind absolut notwendig und nicht durch Programme ersetzbar. Die Programme müssen zielgruppenorientiert sein. Die Schulen brauchen Partner, auch die Eltern müssen einbezogen werden. Auf Frühwarnsysteme und Präventionsmaßnahmen muss verstärkt geachtet werden. Schulabbrecher/innen sind motiviert ihre Lage zu verbessern, geben sich auch oft die Schuld am Versagen. Hilfe ist sinnvoll!

Stadtschulratspräsidentin **Mag. Dr. Susanne Brandsteidl** stellt die Maßnahmen des Stadtschulrates zur Vermeidung von ESL vor. Sie sieht Schule als Teil des Problems und als Teil der Lösung, denn neben den schulischen gibt es persönliche, familiäre und soziale Komponenten. Die außerschulischen Ursachen kann die Schule nicht beseitigen, sie kann helfen diese zu kompensieren und einen Raum schaffen, wo man sich wohlfühlen kann. Bei außerschulischen Maßnahmen fungiert die Schule als Kooperationspartner. Als schulinterne Maßnahmen werden unter anderem Ganztagschule, Wiener Mittelschule, Berufsorientierung Sprachförderung in Muttersprache und Deutsch genannt. Auch sie möchte Berufsorientierung als eigenes Fach auf der Sekundarstufe 1 und plant ein Meldesystem in der Schule für ausgrenzungsgefährdete Schüler/innen. („*Schule gibt die Informationen an Personen weiter, die etwas damit anfangen können*“). Bedeutung kommt der Wiener Schulsozialarbeit als Bindeglied zwischen Familie und Schule zu. Neben den Schulsozialarbeiter/innen sind auch ambulante Lehrer/innen mit einer Ausbildung als Sonderpädagog/innen notwendig. Das Geld wäre vorhanden, aber es fehlt an Personen. Diese hätten bis 2035 einen krisensicheren Arbeitsplatz.

Ihrer Meinung nach führt kein Weg an einer Ganztagschule und gemeinsamen Schule der 6 bis 15-Jährigen vorbei, beides sieht sie knapp vor der Verwirklichung. Der Ganztagschule mit verschränkter Form gibt sie den eindeutigen Vorzug gegenüber allen anderen Formen einer ganztägigen Betreuung, auch 77% der Wiener Bevölkerung hat sich für eine flächendeckende Ausweitung des ganztägigen Schulangebotes ausgesprochen. Bei der gemeinsamen Schule muss es innere Differenzierung statt systematischer Ausgrenzung geben und diese Schulversuche sind ins Regelschulwesen überzuführen.

Landtagsabg. Tanja Wehsely präsentiert die Wiener Ausbildungsgarantie. Sie sichert allen Jugendlichen, die eine Ausbildung machen wollen aber nach der Schulpflicht nicht wissen, was sie weiter tun sollen/können, einen Lehrplatz, eine Qualifizierung oder ein Beratungsangebot zu. Das Programm wurde vom Wiener Arbeitnehmer/innen Förderungsfond WAFF entwickelt. Dazu ist eine Kooperation und gemeinsame Strategie der verschiedenen Einrichtungen (fünf Säulen) in den Bereichen

Schule, Lehre, Lehrwerkstätte, Übergang Schule – Beruf und Möglichkeit des Nachholens von Bildungsabschlüssen

notwendig. Die außerschulische Jugendarbeit der MA 13 wurde mit einbezogen und dasselbe soll mit den Angeboten der Volkshochschulen geschehen. Massiv ausgebaut wurde die überbetriebliche Lehrausbildung in den Lehrwerkstätten mit insgesamt 4500 Arbeitsplätzen in 30 Lehrberufen. Ohne diesen Ausbau wäre die Situation der Jugendlichen sehr problematisch. Während sich Jugendliche den betrieblichen Lehrplatz wünschen, steht sie persönlich dem Dualen System skeptisch gegenüber. Man braucht grundsätzlich mehr Bildung und eine optimale Eingliederung der Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

An die Präsentationen schließt sich eine kurze **Podiumsrunde** an.

Claudia Finster vom AMS verweist auf die vielfältigen Beratungsangebote in den Berufsinformationszentren. Man muss Jugendlichen den Gewinn einer Ausbildung klarmachen, „Nach“-Lernen be-

deuten auch Verzicht auf Freizeit, vielleicht vorübergehend weniger Geld, wenn man nicht als Hilfsarbeiter weiter jobben kann. Das AMS fragt sich, wo es im Schulsystem einen Platz finden könnte.

Kurt Nekula vom bm:ukk warnt, dass sich Schule bei der Problemlösung nicht überschätzen darf, sie ist nur ein Teil im System. Drei Dinge sind wichtig:

- optimale und individuelle Förderung ,
- gute und seriöse Beratung,
- kostenloses Nachholen von Abschlüssen und Chance zum Quereinsteigen.

Die Förderung muss im Kindergarten beginnen und in der Schule in kleineren Klassen individualisiert fortgesetzt werden. Der Fokus muss sowohl auf die Sek 1 als auch die Sek 2 gelegt werden. Viele Jugendliche sitzen in einer BMHS, wo sie gar nicht hinwollten, sie haben aber nur dort einen Platz gefunden. Eine Arbeitsgruppe im Ministerium wird bis zum Herbst ein Modell entwickeln. In einer gemeinsamen Schule muss es eine innere Differenzierung ohne starre Leistungsgruppen geben.

Christoph Ascher von der WKO bestätigt, dass in der Sek 2 viele Jugendliche in der falschen Schule sitzen. Er meint die Ressourcen an die Schulen sollten gemäß der erfolgreichen Absolventenquote verteilt werden. Berufsorientierung ist äußerst wichtig, kommt in der Schule sicher kurz. Es sollten Standards für eine qualitativ hohe Berufsorientierung entwickelt werden.

Florian Zuckerstätter von der Österreichischen Gewerkschaftsjugend betont die Wichtigkeit der Dualen Ausbildung, die aber reformiert werden müsste. Die Reform der Sek 1 sollte endlich umgesetzt werden, denn die Sek 2 muss vieles reparieren, was in Sek 1 falsch gemacht wurde. Die Polytechnische Schule passt nicht ins System, vielleicht könnte man auch eine Verlängerung der Schulpflicht andenken.

Nekula widerspricht der Meinung betreffend Polytechnische Schule, sie habe ein gutes Angebot, allerdings eine hohe Konzentration von Problemen in Ballungsgebieten. Er verweist auf einen großen Bildungsabbau in Österreich in der Zeit ab 2003, alle derzeitigen Studien behandeln diese betroffenen Jahrgänge. 2015 wird man wissen, was sich verbessert hat.

Finsterer meint, dass die „unangepassten Realitätsflüchtlinge“ ein großes Problem darstellen, denen mit allen bisherigen Maßnahmen nicht erfolgreich geholfen werden konnte.

AK Bildungsexpertin **Mag. Gabriele Schmid** wünscht sich zum Schluss eine neue Schule, die die Verantwortung für den Erfolg der Schüler/innen übernimmt. Der Bildungsbereich darf nicht von Sparpaketen erfasst werden.

Eine Einbeziehung des Publikums war aus Zeitgründen nicht möglich.